

An die  
Damen und Herren  
VP-Bürgermeister und Fraktionsobleute  
in Minderheitsgemeinden

St. Pölten, am 27.09.2021  
RS 73

**Betrifft: Dringlichkeitsantrag der FPÖ „Kostenlose Corona-Tests für  
Gemeindegänger“**

Sehr geehrte Damen und Herren!

In den vergangenen Tagen kursierten diverse Dringlichkeitsanträge (Betreff: Kostenlose Corona-Tests für Gemeindegänger aus Gemeinden), in denen die FPÖ weiterhin kostenlose Corona-Tests für die gesamte Bevölkerung fordert, deren Kosten von Land und Bund getragen werden sollen.

Zu diesem Thema möchten wir wie folgt Stellung beziehen:

Die Niederösterreichischen Gemeinden haben in den vergangenen Monaten Gewaltiges vollbracht und monatelang durch Teststraßen an hunderten Standorten das Wirtschafts- und Gesundheitssystem am Laufen gehalten. Um die COVID-19-Pandemie jedoch in den Griff zu bekommen, benötigen wir laut führender Virologen und Mediziner aus dem In- und Ausland eine Impfquote von mindestens 80 Prozent der impfbaren Bevölkerung. In Niederösterreich fehlen uns somit noch 77.000 Menschen, damit das Leben für alle „wieder normaler“ wird. Fakt ist auch, dass die Impfung der einzige Weg ist, um weitere kostspielige Lockdowns zu verhindern und allen Niederösterreicherinnen und Niederösterreichern die beste Gesundheitsversorgung anzubieten. Denn: Volle Intensivstationen führen dazu, dass andere Operationen verschoben werden müssen usw.

Wir folgern daraus:

- 1) Weil in den letzten Monaten allen Niederösterreicherinnen und Niederösterreichern ein Impfangebot gestellt wurde, sehen wir die Gemeinden nicht mehr in der Pflicht für ein flächendeckendes Testangebot.

- 2) Weiters schlagen wir vor, die Testungen für Ungeimpfte in Zukunft in das Gesundheitssystem einzugliedern. Das würde auch hochwertige PCR Testungen auf Krankenschein ermöglichen und zukünftig auch zu größtmöglicher Gerechtigkeit im Gesundheitssystem führen.
- 3) Deshalb — und da es sich um einen laufenden politischen Diskussionsprozess handelt — sehen wir keine Dringlichkeit des FPÖ Antrages gemäß § 46 Abs. 3 der NÖ Gemeindeordnung 1973 gegeben. Es wird daher ersucht, die Aufnahme dieses Gegenstandes in die Tagesordnung abzulehnen.

Unser Ziel muss sein, die Immunisierung zu steigern und die Zahl der Hospitalisierten zu senken. Damit sollen weitere Lockdowns verhindert werden. Mit der Eingliederung der Maßnahmen zur Coronavorsorge ins Krankenkassen-Gesundheitssystem soll eine langfristig geordnete Bewältigung der Krise sichergestellt werden.

Mit freundlichen Grüßen



Bgm. DI Johannes Pressl  
Präsident



Mag. Gerald Poyssl  
Landesgeschäftsführer